

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

*Thüringischer
Landkreistag*

*Gemeinde- und
Städtebund Thüringen*

18.11.2019

Pressemitteilung:

Thüringischer Landkreistag und Gemeinde- und Städtebund Thüringen fordern vom Land zusätzlich 125 Mio. € für kommunale Investitionen

Die beiden kommunalen Spitzenverbände fordern gemeinsam vom Land, allen Kommunen zusätzliche 125 Mio. € für Investitionen schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Finanzministerin Taubert geht in ihrer Pressemitteilung vom 05.11.2019 für das Land von einem deutlichen Plus im laufenden Jahr aus: „Gegenüber dem Haushaltsplan 2019 bedeutet dies Mehreinnahmen in Höhe von 367 Mio. €“, so die Ministerin. Nach aktuellen Medienberichten wird dadurch nach Jahresabschluss eine finanzielle Rücklage von über 1 Milliarde € angesammelt sein. Dagegen steht die finanzielle Notlage der kommunalen Familie in Thüringen.

Der bereits vom Land beschlossene KFA 2020 mit 100 Mio. € mehr für die Verwaltungshaushalte der Kommunen ist bei weitem nicht ausreichend, da das Land den Kommunen gleichzeitig für Investitionen 100 Mio. € weniger gibt. Im Ergebnis also ein glattes Nullsummenspiel!

Mit zusätzlichen 125 Mio. € vom Land kann zumindest der Verschleiß der kommunalen Infrastruktur bei Schulen, Kita oder Straßen gestoppt werden. Nach einer aktuellen Erhebung beträgt der jährliche Investitionsbedarf der Thüringer Kommunen rund 1,5 Mrd. €, tatsächlich investiert wurden 2018 lediglich 667 Mio. €.

Die Kommunen betonen, dass das Land den KFA um mehr als 200 Mio. € gekürzt hatte. Die Finanzausgleichsmasse im KFA betrug 2011 noch 2.240 Mio. €. Im laufenden Jahr 2019 sind es nur noch 1.984 Mio. € für die Kommunen! Gleichzeitig sind bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vor allem die Sozialausgaben massiv angestiegen und neue kostenintensive Aufgaben vom Land übertragen worden.

Dies schlägt auch auf die kreisangehörigen Kommunen finanziell voll durch. Die Landkreise müssen die Kreisumlage erhöhen, um die Ausgabensteigerungen aufzufangen. In Finanznöte geraten dadurch die kreisangehörigen Gemeinden und Städte, obwohl ihnen selbst das Geld fehlt. Ursächlich für diese Finanzmisere ist das Land.

Den Kommunen fehlen Eigenmittel für Investitionen, um vor Ort investieren zu können. Die Kommunen fordern daher ihren gerechten Anteil am Plus des Landes in Höhe von 367 Mio. €. Landkreistag und GStB bekräftigen abschließend ihre klare Forderung an das Land: Die Kommunen brauchen für 2020 zusätzlich eine Investpauschale von mindestens 125 Mio. €. Diese Investpauschale des Landes muss schnell und unbürokratisch kommen. Das Land steht in Verantwortung dafür, dass vor Ort wieder ausreichend investiert werden kann! Die aktuellen politischen Umstände dürfen keine Entschuldigung dafür sein, bei den Kommunalfinanzien untätig zu bleiben!